



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/29 - 4.2.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-57  
Fernschreiber 039890

Verhandlungschancen blieben ungenutzt	S. 1
Dänemark zur Selbstaufgabe nicht bereit	S. 3
Ursachen des sowjetischen Antisemitismus	S. 5
Zur Aktion der Jungsozialisten gegen die Fremdenlegion	S. 6
Anhang: Ollenhauer an die Sowjetzone	

## Der antiquierte EVG-Vertrag

Von Willy Brandt, MdB, Berlin

Bundeskanzler Dr. Adenauer behauptet seit Wochen und Monaten, das westliche Sicherheitsproblem könne nur mit Hilfe des EVG-Projektes gelöst werden - andere Möglichkeiten seien überhaupt nicht gegeben. Diese Behauptung erhält nicht dadurch Beweiskraft, dass sie dauernd wiederholt wird. Erst in den letzten Tagen hat sich erwiesen, dass maßgebende Vertreter der Vereinigten Staaten gewiss mit allem Nachdruck für eine gemeinsame Europa-Verteidigung eintreten, ohne sich dabei jedoch auf den EVG-Vertrag festzulegen. Und wenn Foster Dulles zunächst einmal das Projekt EVG-Vertrag zu realisieren versucht, so ist das nur natürlich. Endgültig braucht es nicht zu sein.

Es kann nur vermutet werden, wieviel Chancen neuer Verhandlungen ungenutzt geblieben sind. Tatsache ist jedoch, dass die offizielle deutsche Aussenpolitik gar nicht darauf ausgerichtet war, solche Chancen zu erkennen und zu nutzen. Die Erklärungen von Feldmarschall Lord Montgomery über Möglichkeiten einer britischen Mitwirkung an der Europa-Verteidigung sind fast unbeachtet geblieben. Zuvor hatte der Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, bereits neue Verhandlungen auf der Ebene der atlantischen Verteidigungsorganisation in Aussicht gestellt. In Londoner Parlaments-

kreisen ist ernsthaft darüber diskutiert worden, wie man der Bundesrepublik die gleichberechtigte Mitwirkung in der NATO und Grossbritannien die Einschaltung in einen zweckmässigen Rahmen der europäischen Verteidigung ermöglichen könnte.

Auch der niederländische Verteidigungsminister hat zu erkennen gegeben, dass seine Regierung einer Überprüfung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und NATO nicht negativ gegenüberstehen würde. Ausserdem laufen seit Monaten die Bemühungen um einen Ausbau und eine Untermauerung - durch aussenpolitische und wirtschaftliche Koordinierung - der Zusammenarbeit zwischen jenen Staaten, die dem atlantischen Bündnissystem angehören. Hinzu kommen jene, nicht nur in Deutschland gemachten Vorschläge, die die westeuropäische Zusammenarbeit breiter anlegen und solider fundieren wollen, als es durch die kontinentale Kleinlösung möglich ist.

Vor allem zeigen auch die Diskussionen in Skandinavien, dass Erich Ollenhauer als Führer der Opposition von durchaus realistischen Erwägungen ausging, wenn er erst kürzlich wieder forderte, eine wirksame europäische Verteidigung sollte auch Grossbritannien, Dänemark und Norwegen umfassen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Osloer Storting, Finn Moe, hat vor wenigen Tagen erklärt, dass der EVG-Vertrag keine wirkliche Chance mehr haben dürfte. Als Alternative schlug er den Verzicht auf supra-nationale Behörden und einen solchen Aufbau der Europa-Verteidigung vor, der Grossbritannien und dann auch seinem Land die Teilnahme möglich machen würde.

Sowohl im dänischen wie im norwegischen Parlament stehen Verfassungsänderungen bevor, die im ursächlichen Zusammenhang mit den Problemen der europäischen und westlichen Verteidigung stehen. Der norwegische Aussenminister Halvard Lange hat in diesem Zusammenhang sehr offen davon gesprochen, dass sich für Grossbritannien wie für die skandinavischen Länder die Notwendigkeit ergeben könnte, das Verhältnis zum übrigen Westeuropa auf dem Gebiet der Sicherheit neu zu überprüfen.

Diese Meinungsäusserungen widerlegen die These vom Scheitern des EVG-Projektes als einer Katastrophe. Sie bestätigen vielmehr die These der Opposition, dass der EVG-Vertrag antiquiert ist und dass die Voraussetzungen für neue Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten, durchaus gegeben sind.

Mockauer Drohungen gegen Dänemark

KRK, Kopenhagen

Seit Mai 1949 ist die Sowjetunion bemüht, Dänemark vor dem Schicksal zu bewahren, ein "Opfer des gefährlichen Atlantikpaktes" zu werden. Damals hatte nämlich Dänemark über seinen Beitritt zum Pakt zu entscheiden, und die Sowjetunion beeilte sich, vor diesem "aggressiven" Schritte zu warnen. Der damalige Ministerpräsident Hedtoft wies darauf hin, dass die Aussen- und Militärpolitik Dänemarks mit Angriffsabsichten nichts zu tun habe und niemals zu tun haben werde.

Am 29. Oktober 1952 war die dänische Regierung gezwungen, sich mit den gleichen Vorwürfen der Sowjetunion zu beschäftigen. In einer Sowjet-Note, die einen geradezu drohenden Ton hatte, wurde am 1. Oktober 1952 vor der Überlassung militärischer Stützpunkte in Dänemark an die Streitkräfte der Atlantikpakt-Armee gewarnt. Die demokratischen Parteien Dänemarks stellten sich geschlossen hinter die entschiedene Antwort der Regierung. Auch die Radikalen, die in der Frage der Pakt-Politik eine andere Auffassung haben als die anderen Parteien, wiesen die ungerechtfertigten Vorwürfe der Sowjetnote ab. Wenn man von den Kommunisten absieht, die ja ohnehin nicht als eine dänische Partei zu bezeichnen sind, stand also das Volk geschlossen hinter der Zurückweisung der Anschuldigung, Dänemark treibe eine aggressive Politik gegen die Sowjetunion oder sei bereit, eine solche Politik zu unterstützen.

Der unmittelbare Anlass für die Note an die Sowjets war die sich aus der Zugehörigkeit des Landes zum A-Pakt ergebende Notwendigkeit, die militärische Verteidigung nicht nur symbolisch zu gestalten, sondern so zu organisieren, dass sie im Falle eines Angriffs nicht wieder so in sich zusammenfällt wie am 9. April 1940. - Dänemark, das über 200 Jagdflugzeuge verfügt, hat nicht einmal für diese genügende Personal, ganz abgesehen davon, dass 200 Jagdflugzeuge für eine erste Verteidigung überhaupt nicht reichen. Die A-Paktorganisation machte sich deshalb erbötig, dem Lande noch 150 Flugzeuge zur Verfügung zu stellen und durch 2 000 in Dänemark zu stationierende Flieger und Helfer dafür zu sorgen, dass die ganze Jagdflotte von 350 Maschinen einsatzbereit gehalten werde. Wenn dieser, angesichts der Übermacht des einzig möglichen Gegners mehr als bescheidene Plan nicht durchgeführt werden könnte oder sollte, wäre Dänemark so gut

wie wehrlos und könnte ebenso gut auf die Mitgliedschaft im A-Pakt verzichten. Zu einer solchen Selbstaufgabe ist das dänische Volk nicht bereit.

Am 28. Januar 1953 überreichte der Aussenminister Wyschinsky dem dänischen Bevollmächtigten in Moskau eine neue Note, in der die früheren Beschuldigungen in noch drohenderem Tone wiederholt werden. Es wurde darin ganz einfach deklariert, dass der A-Pakt eine Angriffsorganisation gegen die Sowjetunion und die Staaten des Ostblocks sei, an der sich Dänemark trotz seiner exponierten Lage beteilige. "Durch, dass nun der Verlegung fremder Truppen auf dänisches Territorium zugestimmt wird, beteiligt sich die dänische Regierung direkt an dem Krieg, der gegen die Sowjetunion vorbereitet wird. Die Sowjetregierung kann solche Massnahmen der dänischen Regierung nicht übersehen. Die ganze Verantwortung für die möglichen Folgen solcher Handlungen ruhen ausschliesslich auf der dänischen Regierung". Dänemark habe offenbar sein Versprechen von 1946 nicht gehalten, dass die Verwaltung der Insel Bornholm nur durch Dänemark und ohne Teilnahme fremder Truppen erfolgen werde. Die früher abgegebenen Versicherungen der dänischen Regierung, dass sich auf Bornholm tatsächlich nur dänische Truppen befinden, wurden von der Sowjetunion ganz einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Der dänische Aussenminister hat daraufhin erklärt, dass die neue Sowjetnote dem Aussenausschuss des Folketinges vorgelegt werde. Es ist sicher, dass man dem neuen Druck nicht nachgeben wird, weil das einer Selbstaufgabe gleichkäme.

+ + +

#### Leo Boroschowitz gestorben

(sp) Im besten Mannesalter erlag dieser Tage, kurz nach seiner Rückkehr aus der Bundesrepublik in die USA, der Redakteur der mehrsprachig erscheinenden "Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten" Leo Boroschowitz, einem Herzanfall. Mit ihm haben die deutschen Gewerkschaften und die SPD einen treuen Freund und die internationale Arbeiterbewegung einen mutigen Streiter für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung verloren. Den besonderen Hass Moskaus zog sich Boroschowitz durch seine Veröffentlichungen über die sowjetsichen Ausbeutungsmethoden in den von der Sowjetunion beherrschten Satellitenländern zu. Er war von ganzem Herzen Sozialist und eine charakterfeste Persönlichkeit. In der AFL (America Federation of Labour) weckte er mit vielen anderen das Verständnis für die Probleme der deutschen Nachkriegsdemokratie. Die letzten Monate seines so jäh abgebrochenen Lebens widmete Boroschowitz dem Studium der deutschen Verhältnisse. Es sollte seine letzte grosse Aufgabe sein. Die deutschen Sozialdemokraten werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

+ + +

Ursachen des sowjetischen Antisemitismus

H.S. Es ist bekannt, dass der Prager Schauprozess seine besondere antijüdische Note erst unmittelbar vor seinem Beginn auf sowjetische Weisung erhielt. Möglicherweise kann der plötzliche Antisemitenkoller des Kreml auch mit der Überlegung zusammenhängen, dass eine judenfeindliche Einstellung die propagandistischen Bemühungen der Sowjets unter den Arabern erleichtern könnte. Aber das wäre doch ein sehr indirekter Beweggrund, der allein nicht erklären kann, warum die sonst so realistische Politik der Sowjets aller Tradition zuwider so heftig in das Lager des Antisemitismus einschwenkte.

Das antisemitische Verhalten der Sowjets ist nur zu verstehen aus den Spannungen, die zwischen der Sowjetunion und den Satelliten wegen der Aussenhandelsbeziehungen der Satellitenstaaten zu den Ländern des Westens bestehen. Den Sowjets, die für ihre zentralgesteuerte Aufrüstung das Verfügungsmonopol über alle im Bereich des Ostblocks anfallenden Devisen beanspruchen, ist es ein Dorn im Auge, dass einzelne Satelliten überhaupt noch Direktgeschäfte mit westlichen Ländern machen. Der Kreml betrachtet es als sehr gefährlich, dass bei solchen Geschäften der Devisenerlös zum Teil für die Einfuhr von Konsumgütern verwandt werden kann, während für die russische Einfuhrplanung der Import von strategischen Rohstoffen unbedingten Vorrang hat. Ganz unerträglich ist aber den Machthabern des Kremls der Gedanke, dass sich ein Satellitenstaat aus solchen Einfuhren mit Hilfe des Westens eventuell einen erhöhten Lebensstandard verschaffen könnte.

Auf die Beseitigung dieser "weichen" Stelle, die zur Gefahr des offenen Titoismus führen könnte, zielt der russische Antisemitismus ab, der in der Hand seiner skrupellosen Initiatoren einen zusätzlichen Sündenbock für das Versagen der staatskapitalistischen Plangewalten darstellt und gleichzeitig als verhüllendes Mäntelchen über die Einleitung eines neuen Abschnitts in den Beziehungen zwischen Moskau und den Satelliten gebreitet wird. Zweifellos fanden auch bislang grössere Geschäfte zwischen den Satellitenstaaten und dem Westen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Kreml statt. Dabei verblieb den

Satelliten jedoch eine für den Kreml nicht restlos kontrollierbare Ermessensspanne, die von geschickten Satelliten-Unterhändlern zum Vorteil für ihr Land ausgenutzt wurde, ohne dass der Kreml immer über den gesamten Devisenerlös verfügen konnte. Es ist jedoch völlig unglaubwürdig, wenn im Prager Prozess einzelnen Angeklagten vorgeworfen wurde, dass sie bei solchen Geschäften bewusst das Interesse der westlichen Lieferländer über die Interessen des eigenen Landes gestellt hätten. Dem Kreml bereitet schon genug Ärger, dass einzelne Satellitenstaaten bei Aussenhandelsgeschäften mit dem Westen mehr Devisen erlösten, als in Moskau offiziell bekannt wurde. Das wird jetzt abgestellt.

Zunächst müssen die Personen, deren man sich zur Anbahnung von Aussenhandelsgeschäften bediente, weil sie aus der Zeit westlicher Emigration über persönliche Beziehungen verfügten, am Galgen dafür büßen. Dem Kreml ist aber mit der Aburteilung von Sündenböcken allein noch nicht gedient. Damit die Satelliten sich im Direktverkehr mit dem westlichen Ausland keine Seitensprünge mehr erlauben, soll der Aussenhandel des gesamten Ostblocks künftig durch einen "Rat für gegenseitige Unterstützung" koordiniert werden, aus dem heraus sich jene Behörde entwickelt, die im Laufe der Zeit die Wirtschaft der Satelliten bis in alle Einzelheiten den russischen Interessen unterordnen wird. Der Antisemitismus ist also für die Sowjets nur ein Vorwand für eine sehr handfeste Machtpolitik, die mit der endgültigen Gleichschaltung und Durchdringung der Satelliten enden soll.

+ + +

#### Kampf gegen Fremdenlegion keine Parteisache

Pr. Überall in der Bundesrepublik kleben in diesen Tagen, und vor allem in den Nächten, die Jungsozialisten ihre blau-weiss-roten Warnplakate gegen die Fremdenlegion und ihre Werbemethoden. Sie verfolgen mit dieser Aktion - und das sei sehr deutlich gesagt - keinerlei parteiegoistischen Zweck, sondern sie wollen lediglich ihren Teil dazu beitragen, dass die Jagd auf junge Deutsche für den Landknechtsdienst unter der Trikolore endlich aufhört. Auch die Bonner Jungsozialisten, die in den vergangenen Nächten mit Quaste und Leimtopf

unterwegs waren, verfolgten bei ihrer nächtlichen Arbeit keine andere Absicht. Bedauerlicherweise mussten sie nach kurzer Zeit feststellen, dass ein Teil dieser Warnplakate zerstört oder abgerissen war. Ausgerechnet in der Hauptstadt der deutschen Bundesrepublik. Man sollte man von dieser Schurkerei nicht unbedingt auf die Haltung der Landeshauptstadt Bonn schliessen müssen. Immerhin bleibt festzustellen, dass sich einige Subjekte, gewollt oder ungewollt, zu Helfern und Verteidigern der Fremdenlegion hergeben.

Die Jungsozialistenaktion hat ohnehin einige nicht ganz uninteressante Reaktionen ausgelöst. Dass einige Jugendorganisationen sich für diese Warnkampagne sehr interessieren und sie durch geeignete Massnahmen unterstützen wollen, ist sehr erfreulich und kann nur begrüsst werden. Aber auch die politischen Landsknechte Stalins in Westdeutschland sind aufmerksam geworden und glauben an diesem fremden Feuer ihre Propagandasuppe aufwärmen zu können. Sie versuchen also da und dort, sogenannte "Aktionsausschüsse" gegen die Fremdenlegion auf die Beine zu stellen. Man sollte diesen Versuchen nicht mehr Bedeutung beimessen, als ihnen zukommt. Mit aller Deutlichkeit muss aber herausgestellt werden, dass die Befürworter des Menschenraubes unter dem Sowjetstern am allerwenigsten legitimiert sind, gegen den Menschenschmuggel für die Fremdenlegion zu lamentieren. Es ist eben noch lange nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe tun.

Ebenso wenig dient es der guten Sache, wenn nun einige Organisationen versuchen, öffentliche Zuschüsse für angefangene Heimbauten mit der Begründung zu erlangen, sie sollten als Auffanglager für Legionsaspiranten Verwendung finden, vor allem dann nicht, wenn solche Projekte geographisch unzweckmässig gelogen sind. Es hat wenig Sinn, in unmittelbarer Nähe der deutsch-französischen Grenze Dauerauffangheime zu erstellen, wo strukturell keine Möglichkeit einer Eingliederung in den Arbeitsprozess gegeben ist. Denn das muss schliesslich das Ziel aller Betreuungsmassnahmen sein. Deshalb ist zu fordern, dass ausreichende Mittel für Jugendwohnheime in den Gebieten bereitgestellt werden, wo Beschäftigungsmöglichkeiten für die gefährdete Jugend vorhanden sind.

Die Abwehr gegen die Fremdenlegion sollte zur gemeinsamen Sache aller freiheitliebenden Kräfte werden. Es hiesse diese berechtigte Abwehr aber moralisch schwächen, wollte man sie mit organisations- oder partei egoistischen Motiven verquicken. Den Schaden trüge letztlich nur die deutsche Jugend.